gefallen sein, der als der bisher schwerste des Krieges bezeichnet werde. Die russischen Truppen seien durch die Zivilbevölkerung von Port Arthur unterstützt worden. Ueber die Beschädigung der Flotten sei noch nichts bekannt.

•

Dem „Standard" wird aus Tientsin von gestern gemeldet: Das chinesische Auswärtige Amt teilte dem japanischen Gesandten mit, ein Tartarengeneral habe gemeldet, 400 chunchusische Räuber seien unter Führung japanischer Offiziere vom Kriegsschauplatze auf chinesisches Gebiet übergetreten. Die Russen erhoben Einspruch und beschuldigten die Chinesen, die Japaner zu begünstigen. Der japanische Gesandte bestritt, daß die Chunchusen unter japanischer Führung gestanden hätten.

Die russische Ostseeflotte.

Die Ostseeflotte geht wahrscheinlich am 16. August nach dem fernen Osten ab. Der Kommandant, Admiral Roschdjestwensky, hißte bereits seine Flagge auf dem Panzerschiff „Smoerow". Im ganzen besteht die Flotte aus 60 Schiffen, davon sind 8 Panzerschiffe, 9 Panzerkreuzer. Die Flotte soll in 60 Tagen den Bestimmungsort erreichen.

Freilassung des französischen Konsularagenten in Niutschwang.

Wie der „Matin" berichtet, wurde der von den japanischen Behörden in Niutschwang verhaftete französische Konsularagent freigelassen und in seiner diplomatischen Eigenschaft von dem dortigen japanischen Stadtkommandanten anerkannt. Der französische Gesandte in Peking meldete dies nach Paris mit dem Bemerken, daß der Zwischenfall zur Befriedigung Frankreichs erledigt sei.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 10. August.

Lhassa — eine Lehre für Deutschland.

Unmittelbare politische Folgen internationaler Natur wird die Besetzung Lhassas durch die Engländer nicht zeitigen. Rußland kann augenblicklich nur die Faust in der Tasche ballen und sich auf eine anscheinend noch ferne Zukunft vertrösten, wenn es sich hier oder dort schadlos zu halten gedenkt. Japans Lage bessert sich durch den Erfolg der Engländer, aber dieses Plus liegt nur auf moralischem Gebiet. Wie auch die ehernen Würfel fallen mögen, das Sprichwort vom lachenden Dritten behält einmal wieder recht und aus dem erbitterten Krieg zwischen Japan und Rußland wird wahrscheinlich England mit einem erheblichen Machtzuwachs hervorgehen. Dieser Machtzuwachs gibt allen andern Völkern die Lehre, die leider in Deutschland zwar theoretisch anerkannt, praktisch aber niemals geübt wird, daß der nationale Egoismus durchaus berechtigt ist und daß der Begriff der Ritterlichkeit nicht ohne weiteres aus dem Privatleben auf das Verhältnis der Nation unter einander übertragen werden darf. Rußland hat es nicht für ritterlich gehalten, Englands Situation während des Burenkrieges in Asien auszubeuten; der Gedanke, der am Petersburger Hofe durch eine mächtige Partei vertreten wurde, scheiterte an dem ihm feindlichen Einflusse der Zarin. Englands Politik ist weniger sentimental; sie fragt nur nach dem Interessen der Nation und in diesem Falle fördert sie zugleich mit den Interessen der Nation auch die unserer Kultur, denn wenn die Intellektuellen Europas zu einer Generalabstimmung gerufen würden, in wessen Händen sie Tibet lieber sehen wollen, in denen Rußlands oder in denen Englands, so würde die Abstimmung sicherlich zu Gunsten Englands ausfallen. Trotz aller freundnachbarlichen Gesinnung Rußland gegenüber und trotz aller Abneigung gegen eine kritische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten müssen wir das konstatieren: Rußlands Regime erfreut sich eben im lichteren, freier atmenden Westeuropa nur geringer Sympathien, und so ist es natürlich, daß England anerkennenden Beifall ernntet und Rußland in dumpfem Groll und mit passivem Heroismus den neuen Schlag hinnehmen muß.

Aus dem bayerischen Landtage.

Alles hat einmal ein Ende, selbst eine bayerische Landtagssession mit 572 Sitzungen! In feierlichster Form wird der Landtag am 11. August geschlossen. Es fehlte ihm gerade in der letzten Zeit nicht an Aufsehen erregenden Zwischenfällen; darunter zu rechnen ist: der in zwölfter Stunde beigelegte Streit zwischen dem Zentrumsführer Dr. Pichler und dem Kriegsminister von Asch, das wiederholte brutale Auftreten Dr. Heims, das durch Schuld des Zentrums herbeigeführte Scheitern des Wahlgesetzes und jetzt, in diesen Tagen das kühne, unerschrockene Vorgehen des kaum 25jährigen Reichsratsmitgliedes Graf Preysing. Er ist der Sohn eines alten, bewährten Zentrumsführers. Aus diesem Grunde ist das Zentrum aufs äußerste bestürzt über das Auftreten des jungen Grafen und der gesamte Liberalismus jubelt ihm zu, obgleich wahrscheinlich kein Grund dafür vorliegt, ihn als liberalen Mann anzusprechen. Was Graf Preysing tat, als er die Regierung der Ohnmacht und Schwäche gegenüber dem „ministerstürzenden Zentrum" und der „regierungsfähigen Sozialdemokratie" zieh, erfolgte sicherlich nicht in Anwandlung einer liberalen Gesinnung, sondern entsprang aus einer aristokratisch-monarchischen Ueberzeugung und aus Empörung über das Zurückweichen der Regierung vor der schwarz-roten Koalition und Demagogie. — Als am Montag der bayerische Ministerpräsident v. Podewils das Urteil des Grafen über die bayerische Regierung zu berichtigen und letztere zu entschuldigen suchte, mußte doch auch er zugeben, daß die bayerische Staatsregierung glaube, an der äußersten Grenze ihrer Kraftanwendung angelangt zu sein. Soll das bedeuten, die Regierung vermöge hinfort dem Andringen des Zentrums keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen oder soll dies Eingeständnis im Gegenteil zum Ausdruck bringen: die Geduld der Regierung gegen die maßlosen Ansprüche des Zentrums und die Rücksichtslosigkeit einiger seiner Mitglieder à la Dr. Heim und Dr. Pichler sind erschöpft?

Angestellten-Versicherung in der Schweiz.

Der schweizerische Nationalrat hat sich neuerdings mit der Frage des Erlasses eines Gesetzes über Alters- und Invalidenpensionierung der Bundesangestellten beschäftigt. Es besteht nicht die Absicht, auf ein eigentliches Pensionsgesetz zurückzukommen; in dieser Hinsicht soll der bei der Volksabstimmung von 1899 zum Ausdruck gelangte Volkswille respektiert werden. Dagegen besteht Meinung dafür, eine Versicherungskasse zu schaffen, die durch Prämien der Beamten und Angestellten zu alimentieren und durch den Bund zu unterstützen wäre. Der Bund mit seinen 40 bis 50 000 Angestellten werde damit geradezu bahnbrechend wirken, um die weitesten Kreise für eine allgemeine schweizerische Alters- und Invalidenversicherung zu gewinnen, die auch den kantonalen Beamten und zahllosen Beamten und Arbeitern in Privatbetrieben zugute käme.

Abermals ein griechisch-rumänischer Streitfall.

Aus Athen, 8. August, wird uns geschrieben: In Jannina, der Hauptstadt von Epirus, ist abermals ein schwerer Streitfall zwischen dem rumänischen Konsul Peldeanu und der dortigen griechischen Bevölkerung eingetreten. Letztere hatte den griechischen Metropoliten eingeladen, der Eröffnung des neuen rumänischen Konsulargebäudes beizuwohnen, was dieser auch tat und dabei der rumänischen Fahne die kirchliche Weihe spendete. In der Nacht darauf wurde das Konsulargebäude und das Wappenschild angeblich von Griechen beschmutzt, worauf gegen 20 angesehene Griechen verhaftet und unter Anklage gestellt wurden. Die Griechen aber behaupteten, daß die Beschmutzung im Auftrage der Rumänen selbst ausgeführt sei, „indem der Konsul nur wieder einen Anlaß zur Verfolgung der griechischen Bevölkerung habe schaffen wollen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 10. August.

* **Der neue Mirbach-Fall.** Die von der „Tremonia" veröffentlichten Ergänzungen zu unserem Bericht über den Prozeß des Prinzen Sayn-Wittgenstein gegen den Oberhofmeister v. Mirbach werden auch von der Berliner Presse wiedergegeben und kommentiert. Interessant ist dabei die Art, wie dies geschieht, weil sie zeigt, daß manche Blätter recht leichtfertig und oberflächlich über die Sache hinweggehen und dabei zu verkehrten Anschauungen kommen. So schreibt die freikonservative „Post":

Diese Darstellung, namentlich die Berufung des Prinzen vor das Militärkabinett und der Befehl, „in ein Hotel zu gehen und sich dort mit den Pflegern zu einigen", klingt etwas abenteuerlich. Ob auch in den Akten etwas von dem Versprechen der Standeserhöhung der Braut gestanden habe, das wird von der „Tremonia" nicht konstatiert, sondern das Blatt spricht davon als von einer (lediglich durch das „Leipziger Tageblatt") bekannten Sache, die aber in der „Kreuzztg." bestritten wird. Es ist also sehr fraglich, inwieweit diese Darstellung wirklich aus den Akten entnommen ist.

Wenn die „Post" unsern Artikel vom 2. d. Mts. ordentlich gelesen hätte, so müßte sie wissen, daß wir in demselben wörtlich den dem Prinzen v. Sayn-Wittgenstein vom Oberlandesgericht Hamm auferlegten Eid zitierten, worin es u. a. heißt:

Ich schwöre ferner, daß ich den Verzicht vom 28. September 1899 erst dann unterschrieben habe, nachdem mir der Freiherr von Mirbach zugesagt hatte, daß mir über mein mütterliches Vermögen Rechnung gelegt, daß mir mein mütterliches Vermögen von meinen Pflegern herausgegeben und daß die Standeserhöhung meiner damaligen Braut zur Prinzessin von dem Freiherrn von Mirbach erwirkt werden solle, so wahr usw.

Nun wird ja wohl auch die „Post" einsehen, daß „von dem Versprechen Mirbachs etwas in den Akten gestanden" hat. Nicht unerwähnt bleibe übrigens, daß der „Reichsbote" fast wörtlich dieselbe Bemerkung hat, wie die „Post"; er möge sich also auch dasselbe gesagt sein lassen. Damit erledigt sich gleichzeitig auch die von der „Germania" mit bekannter Unverfrorenheit aufgestellte Behauptung, daß wir „das angebliche Versprechen, der Braut des Prinzen Fritz den Prinzessinnentitel verschaffen zu wollen, von dem „Leipziger Tagebl." ausschließlich dem Oberhofmeister insinuiert" hätten. Sehr richtig bemerkt übrigens die „T. Rundsch.":

Mit der schönen Redewendung: das alles sei Schmutz, der an ihn nicht heranreiche, wird Herr v. Mirbach über alle diese Fährnisse wohl schwerlich hinwegkommen.

*

Berlin, 10. August.

* **Von einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts,** die geplant sein sollte, wußte der „Vorwärts" zu erzählen, indem er behauptete, „von einer Konferenz der Führer der großen Parteien des Reichstages und des Abgeordnetenhauses" etwas zu wissen, in welcher dieser Gegenstand erörtert worden sei. Die „Germania" forderte den „Vorwärts" auf, beim Abgeordneten Dr. Spahn, der an der angeblichen Besprechung teilgenommen habe, Erkundigungen einzuziehen, um die Richtigkeit der Behauptung des „Vorwärts" festzustellen. Das Centrumsorgan fügt nun einem bereits gebrachten Dementi noch hinzu, „daß weder Dr. Spahn noch irgend ein anderes Mitglied der Centrumsfraktionen an einer Besprechung über Abänderung des Reichstagswahlrechts teilgenommen hat, ja daß in den Kreisen der Centrumsführer überhaupt von einer derartigen Konferenz nicht das geringste bekannt ist."

Dazu bemerkt der „Vorwärts":

Die Teilnahme Dr. Spahns hatten wir nicht behauptet. Wir hatten die Centrumspresse aufgefordert, bei Dr. Spahn Erkundigungen einzuziehen, weil wir benachrichtigt worden sind, daß die konservativen Parteien sich an ihn mit der Anfrage gewendet haben, wie er sich zu ihren Plänen stelle. Wenn die „Germania" erklärt, daß Dr. Spahn keinerlei Kenntnis von jenen Plänen erhalten hat und daß das Centrum keinerlei Neigung für sie habe, so wiederholen wir, was wir jüngst aussprachen, daß das Centrum, indem es dem Drängen der konservativen Reaktionsparteien widerstehe, sich das politische Verdienst erringen kann, das Deutsche Reich vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

Das Verdienst des Centrums dabei ist nicht größer, als das aller anderen Parteien, die Widerstand leisten, und dazu gehören vor allen Dingen doch alle liberalen.

* **Handelsverträge und Meistbegünstigung.** Die „Dtsch. Tagesztg." nimmt die wohl nicht unbegründete Vermutung, daß die neuen Handelsverträge am 1. Januar 1906 in Kraft treten sollen, zum Anlaß, um aufs neue die Kündigung der Meistbegünstigungsverträge zu fordern. Sie schreibt:

Jedenfalls muß es als selbstverständlich bezeichnet werden, daß die bestehenden Meistbegünstigungsverträge, soweit sie nicht überhaupt unkündbar sind, spätestens ein Jahr vor dem beabsichtigten Inkrafttreten des Zolltarifs und der neuen Tarifverträge gekündigt werden. Das ist um so notwendiger, als das Deutsche Reich bei den meisten Meistbegünstigungsverträgen nicht die Sahne abgeschöpft hat. Dazu kommt ferner, daß über den Begriff der Meistbegünstigung selbst gewisse Meinungsverschiedenheiten obwalten, die bisher nicht vollkommen geklärt worden sind. Trotzdem verlautet von einer Absicht, die Meistbegünstigungsverträge zu kündigen, gar nichts. Man hat auch wenig und nichts Sicheres darüber gehört, daß mit den Meistbegünstigungsstaaten Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen eingeleitet worden seien. Daß die bisherigen Meistbegünstigungsverträge nicht ohne weiteres fortbestehen können, liegt auf der Hand. Der Reichstag wird, unseres Erachtens, wenn bis dahin nichts geschehen sollte, eine seiner ersten Sitzungen dazu benutzen müssen, um die Regierung über ihre Absichten betreffs der Meistbegünstigungsverträge zu befragen.

Es liegt für uns nicht der geringste Grund vor, an den Meistbegünstigungsverträgen etwas zu ändern.

* Die „**Allgemeine (internationale) evangelisch-lutherische Konferenz**" wird vom 26.—29. September d. J. in Rostock ihre 11. Tagung abhalten, nachdem sie zuletzt (vom 3. bis 6. September 1901) in der alten schwedischen Bischofsstadt Lund vor fast vollzählig versammelten skandinavischem Episkopat jene 10. Tagung erlebte, die zu einer festen Gliederung der Konferenz geführt hat. Man schreibt uns zu dem Rostocker Tage: Seit der Gründung (1867) durch Männer wie Kliefoth, Luthardt, Uhlhorn, Harleß und Hofmann hat diese Konferenz mit Erfolg an der Sammlung vor allem der deutschen Lutheraner gearbeitet, nicht ohne freilich durch eine gewisse Enge ihres Umfanges bisweilen gehindert zu werden. Diese Hindernisse sind jetzt durch den inzwischen vollzogenen Ausbau beseitigt. Die Konferenz ist aus ihrer bisherigen Beschränkung herausgetreten und hat das internationale Luthertum in ihren Bereich gezogen. Reichsdeutsche, schwedische, norwegische, dänische, amerikanische, österreichische, ungarische, slowakische und finnische Bischöfe, Oberkirchenräte, Generalsuperintendenten, Professoren und Geistliche sitzen gemeinschaftlich in der „Engeren Konferenz". Mitglieder der theologischen Fakultäten zu Leipzig, Erlangen, Göttingen, Kiel und Rostock gehören ihm an. Zahlreiche lutherische Vereine und Konferenzen aus Landes- und Freikirchen, sowie bereits eine lutherische Konferenz in der Union, die Bielefelder, haben sich angeschlossen. Die lutherischen Diakonissenhäuser und Vereine für äußere und innere Mission entsenden ihre Vertreter. Auf der bevorstehenden Tagung in Rostock werden neben einem norddeutschen Generalsuperintendenten (D. Kaftan-Kiel), ein süddeutscher Gymnasialprofessor (Dr. Boeckh-Augsburg), ein mitteldeutscher Pfarrer (Seidel-Lichtenstein), ein amerikanischer Dozent (D. Späth-Philadelphia) und ein schwedischer Bischof (D. Ullman-Strengnäs) die Hauptvorträge halten.

— Der Bund Deutscher Bodenreformer, der z. Zt. etwa 180 000 organisierte Anhänger aus allen politischen und religiösen Lagern zählt, hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, ein Gesetz anzuregen, das allen Hypothekenbanken untersagt, unbebauten Boden zu beleihen.

*

* **Aus Schaumburg-Lippe.** In dem kleinsten aller Reichstagswahlkreise, in Schaumburg-Lippe, ist, wie bereits erwähnt, am 1. September eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Deppe vorzunehmen. Herr Deppe erhielt bei der Hauptwahl des vorigen Jahres als nationalliberal-konservativer Kompromißkandidat 3328 Stimmen, der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei 1256, der der Sozialdemokratie 2310 und der der Reformpartei 375 Stimmen. In der Stichwahl siegte Herr Deppe über den Sozialdemokraten mit 4552 gegen 3241 Stimmen. Der Wahlkreis ging damit den Freisinnigen verloren, in deren Besitz er seit 1881 mit Ausnahme der Legislaturperiode von 1887—1890, wo ihn ein Konservativer vertrat, gewesen war. Jetzt ist von den Konservativen und Antisemiten der Amtsgerichtsrat Dr. Brunstermann-Stadthagen, von den Freisinnigen der bekannte Anwalt des Verbandes deutscher Genossenschaften Dr. Hans Crüger-Charlottenburg als Kandidat aufgestellt worden. Die Nationalliberalen haben bekanntlich von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten absehen und beschlossen, für den freisinnigen Kandidaten einzutreten.

* **Breslau,** 9. August. 250 Bauschlosser und Schmiede treten wegen Lohndifferenzen in den Ausstand.

* **München,** 10. August. In der heutigen Schlußsitzung der Kammer der Reichsräte verabschiedete sich der erste Präsident Graf Lerchenfeld als Präsident, da er aus Gesundheitsrücksichten sich veranlaßt gesehen habe, den Prinzregenten zu bitten für die nächste Session von seiner Person als ersten Präsidenten der Reichsratskammer abzusehen. Die Kammer erledigte sodann die rückständigen Teile des Etats und sodann das Finanzgesetz. Präsident Graf Lerchenfeld gab den üblichen Rückblick und Prinz Ludwig dankte namens des Hauses dem scheidenden Präsidenten und wünschte ihm Kräftigung seiner Gesundheit. Graf Lerchenfeld schloß die Sitzung mit einem Hoch auf den Regenten.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen.** Der Transport der abgelösten Besatzung S. M. S. „Condor" ist per Dampfer „Gera" am 7. August in Genua eingetroffen und hat am 8. August die Reise nach Southampton fortgesetzt. Transportführer ist Oberleutnant z. S. Vender. S. M. S. „Moltke" ist am 8. August in Portsmouth eingetroffen und geht am 16. August von dort nach Cadix in See. S. M. S. „Loreley" ist am 8. August in Odessa eingetroffen und geht am 18. August von dort nach Galaz in See. Vermessungsdampfer „Nautilus" ist am 8. August von Kiel nach Warnemünde in See gegangen.

Ausland.

Serbien.

* **Die Verschiebung der Königskrönung.** Von bestunterrichteter Seite in Belgrad wird versichert, daß alle bisher für die Verschiebung der Krönung angegebenen Gründe: wachsende Unzufriedenheit, schlechte Ernteergebnisse, Kränklichkeit des Königs usw. nur vorgeschoben seien. Der Hauptgrund sei, daß sich der Zar geweigert habe, eine Sondergesandtschaft zur Krönung zu entsenden. Desgleichen haben mehrere andere Regierungen erklärt, daß sie von der

---

Silvain erfahren, daß Sie auch hier sind und hier wohnen."

„Herr — — Lejeune wußte es doch", sagte sie so leise, daß eben nur er es verstand.

„Herr Lejeune?" wiederholte er erstaunt. „So?"

„Ich weiß, daß er an Mama hierher geschrieben —"

„In Geschäften?"

„Vermutlich. Ich weiß es natürlich nicht, sondern erfuhr nur zufällig davon, weil ich das Couvert mit seiner Firma liegen sah. Aber — fuhr sie zögernd fort, „ich glaube, er war auch selbst schon hier."

„Wie?" fuhr er überrascht auf. „Herr Lejeune? Aus Marseille?"

„Sie wissen davon nicht?" fragte sie statt aller Antwort.

„Kein Wort, aber was kann er denn hier wollen?"

Sie antwortete wieder nicht und sah ihn nur einen Augenblick an, zweifelnd, unschlüssig. Dann wandte sie sich rasch ab und trat noch tiefer in eine Fensternische. Im gleichen Augenblick fuhr sie sich mit dem Taschentuch über die Augen, als ob sie ihre Tränen trocknen wollte und er hörte einen halb unterdrückten Seufzer. Sofort stand er wieder neben ihr.

„Sie antworteten mir nicht, Florence", sagte er vorwurfsvoll.

„Was soll ich Ihnen sagen? Ich weiß nichts, nichts von all dem. Ich weiß nur, daß das alles furchtbar — gräßlich ist."

„Was ist furchtbar? Was schreckt Sie, Florence? Wollen Sie nicht reden? Kein Vertrauen zu mir haben?"

„Oh, wie gern, aber — — was soll ich sagen? Ich weiß nichts. Ich kann nur sagen, daß uns seit Papas Tode das Unglück verfolgt in seiner grauenhaftesten, rätselhaftesten Gestalt, wie ein Gespenst, wie ein Geheimnis, ein drohendes, gräßliches Ungeheuer, ein — — oh mein Himmel, still davon, still, sonst werde ich wahnsinnig!"

Er sah, wie sie plötzlich am ganzen Leib zitterte und faßte rasch ihren Arm, um sie zu beruhigen und zu stützen.

„Fassen Sie sich, Florence, beruhigen Sie sich", bat er leise, „wir sind nicht allein. Silvain kommt."

Sie fuhr wieder mit ihrem Tuch über Gesicht und Augen und trat etwas von ihm zurück.

„Das muß ich sagen", bemerkte Herr Silvain, in seiner lauten, exaltierten Art, „als Afrikaforscher findest du dich im Salon schöner Damen überraschend schnell zurecht."

„Wenn Sie erst so viel Monate bei uns verkehren, wie Vicomte de Saint-Yon Jahre, Monsieur Hipolyt, so werden sie sich darüber nicht mehr wundern", entgegnete Florence.

Sie traten wieder zur Gesellschaft, die sich inzwischen immer zahlreicher eingefunden hatte, zurück, wobei Vicomte André sich darüber wunderte, wie rasch und gründlich Florence wieder ein harmlos freundliches Aeußere annahm und für jeden ihrer Gäste, der ihr gerade in den Weg trat, ein passendes gefälliges Wort hatte. Und doch hatte er soeben noch gesehen, wie sie von etwas, was sie selbst nicht kannte und wovon sie selbst nichts wußte, in einer Weise in Anspruch genommen war, daß sie im wahrsten Sinne des Wortes zitterte und bebte, wenn sie nur daran dachte. Was konnte das sein? Wenn er vorher, als ihm Frau de Blois zweimal hastig und leise gesagt hatte: „wir sprechen uns später" nicht recht wußte, was er dabei denken sollte, so war er jetzt fast begierig darauf, mit Frau de Blois zu sprechen. Maître Lejeune stand mit ihr in Verbindung, wie Florence sagte, vielleicht war er sogar selbst hier gewesen. Schließlich war das sehr natürlich. In seiner Eigenschaft als Konkursverwalter von Velotti & Co. konnte er hundert harmlose Veranlassungen haben, mit der Witwe Velottis zu verhandeln. Aber wie André die seltsame Aufregung und das zitternde Grauen von Florence gesehen hatte, als sie davon sprach, mußte er annehmen, daß sich dahinter etwas Ungewöhnliches, etwas Schreckliches verbirge. André selbst hatte mit Herrn Lejeune seit Monaten keine Zusammenkunft mehr gehabt und sehnte sich auch gar nicht darnach. Er hatte damals zu seinem Sachwalter gesagt: Je weniger ich von der faulen Sache höre, um so höher werde ich Ihr Verdienst anschlagen. In Wahrheit hatte er es herzlich satt, immer und immer wieder von dem Handel sprechen zu hören. Er wußte, daß er einen großen Verlust erlitten und daß dieser nicht kleiner dadurch wurde, daß man ewig darüber debattierte. Wozu also so viel Brimborium? Nach seiner Meinung mußte dieser Prozeß längst zu Ende sein. Man teilte das Uebriggebliebene unter die Gläubiger und damit gut. Statt dessen machten die Advokaten aus dem Fall Velotti ein Wesens, daß ihm Hören und Sehen verging und er nichts mehr davon wissen wollte. Nun freilich bekam der Fall für ihn ein erneutes Interesse und er hätte gern einmal wieder mit Herrn Lejeune über den Stand dieser Angelegenheiten gesprochen. Da sich dies aber nicht so rasch machen ließ, so war er begierig darauf, von Madame de Blois zu erfahren, was diese davon wußte.

Aber auch das ging nicht so rasch. Madame de Blois war momentan von ihren Gästen so in Anspruch genommen, daß sie auch nicht fünf Minuten erübrigen konnte und André blieb nichts anderes übrig, als seine Zeit abzuwarten.

Das war ziemlich langweilig, denn er kannte von all' den Leuten, die sich in den Salons der Madame de Blois zusammen gefunden hatten, nur sehr wenige, und er wollte sich deshalb schon verabschieden, um am nächsten Morgen zurückzukehren, aber Madame de Blois hielt ihn zurück.

„Warten Sie, Herr Vicomte", flüsterte sie ihm zu, „man wird uns bald allein lassen. Verschieben Sie nicht auf morgen, was heute geschehen kann."

Er wartete also und bewunderte im stillen, wie liebenswürdig, höflich, aufgelegt und witzig Frau de Blois mit all' den Leuten war, die sie doch im Innern mehr oder weniger heftig zu allen Teufeln wünschte. Wer solch' eine Frau nicht alles kann, dachte er. Er selbst würde dergleichen niemals fertig bekommen haben. Ihn würde unter solchen Umständen die innere Aufregung verzehren, er würde grob und unleidlich werden, oder doch mindestens stumm und ungesellig.

Endlich winkte ihm Frau de Blois verstohlen zu und er folgte ihr in einen kleinen, anstoßenden Salon, der vollständig einsam lag. Es war schon ziemlich spät geworden und die meisten Leute wieder fortgegangen. Nur hier und da plauderten noch ein paar Spätlinge unter sich, im Begriff ebenfalls fortzugehen. Als Vicomte André mit Madame de Blois in den kleinen Salon trat, schlug eine Uhr, die auf dem Kaminsims stand halb Eins.

„Sie sprachen mit Florence, fragte Frau de Blois hastig und erregt, noch ehe sie sich setzte, ich habe es gesehen. Was sagte sie?"

Er wiederholte es ihr in kurzen Worten.

„Das arme Kind", fuhr ihre Mutter dann fort. „Seit dem Tode Papas — und schon vorher — ist sie so nervös erregt, daß sie über alles erschreckt und sich über alles die schrecklichsten Gedanken macht. Wann haben Sie Herrn Lejeune zuletzt gesprochen, Herr Vicomte?"

„Vor etwa drei Monaten."

„In Marseille?"

„Ja natürlich. Ich habe ja gar nicht gewußt, daß er in Paris war, und weiß auch jetzt noch nicht, ob die Vermutung des Fräulein Florence, er sei hier gewesen, richtig ist, wenn Sie mir darüber nicht etwa Auskunft geben wollen."

„Er war hier. Zweimal. Einmal vor etwa vier Wochen, das andere Mal vorgestern. Aber ich beschwöre Sie, sagen Sie nichts zu Florence, oder zu irgend jemand. Sie wissen nicht, Herr Vicomte, was ich gelitten habe und was ich noch leide. Ich wünsche so etwas meinem ärgsten Feinde nicht."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.